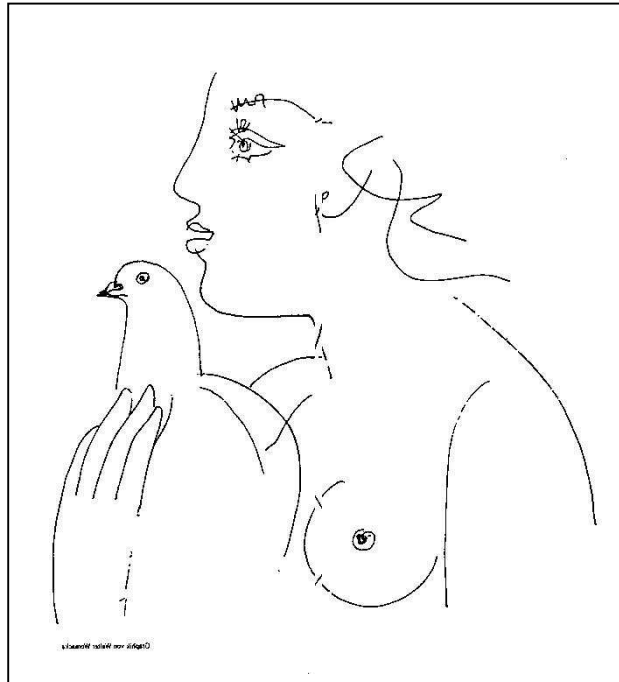


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 37



Der Iran – im Visier der USA-Globalstrategie (2)

Eine Presseübersicht

ausgewählt und zusammengestellt

von

Prof. Dr. Georg Grasnack

Dr. Klaus Elste

Redaktionsschluss: 30.06.2007

Fast sechs Jahre währt jetzt der sogenannte Atomstreit zwischen den USA und dem Iran.

Seitdem US-Präsident George W. Bush 2001 den Iran zum „Schurkenstaat“ und Bestandteil der „Achse des Bösen“ erklärte.

Seitdem das US-Imperium im Dienste der Ölmultis und seines Militär-Industrie-Komplexes den weltweiten, „lang andauernden Krieg gegen den Terrorismus“ verkündete.

Seitdem ist der Irak ein Objekt im „Neuordnungs-“, und „Ressourcenkrieg“ des US-Imperialismus.

Und Krieg wird gegen den Iran nicht nur vorbereitet, sondern er wird auch geführt. Seit Jahr und Tag als Psychologischer Krieg. Nun auch mit Hilfe von Sanktionen als Wirtschaftskrieg.

Im Heft 28 dieser Reihe wurde unter gleichem Titel in Form einer Presseübersicht darauf hingewiesen, dass im Rahmen der US-„Neuordnung der Welt“ Bush Anfang 2005 – nach Afghanistan und Irak - den Iran als nächstes Ziel seiner „Demokratisierungs-„Aktion nannte.

Wir wollen unsere Dokumentation fortführen und stellen eine Chronik der Ereignisse voran.

C h r o n i k

April 1957

Die USA vereinbaren mit der Schah-Regierung im Programm „Atome für den Frieden“ Wissenschaftskooperation und Technische Hilfe

September 1967

Die USA wollen einen Forschungsreaktor bauen und liefern 5,5 kg angereichertes Uran sowie 112 g Plutonium

Juli 1968

Iran gehört zu den Erstunterzeichnern des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages, den es im Februar 1970 ratifiziert

Mai 1974

Siemens/KWU beginnt mit dem Reaktorbau für ein AKW bei Buschehr. Nach der islamischen Revolution 1979 unterbrochen wird das Projekt seit 1995 von Russland weitergeführt.

1979

Sturz des Schah-Regimes. Konstituierung einer islamischen Republik.

Oktober 2001

USA-Präsident George W. Bush benennt Iran als eine der Achsenmächte des Bösen.

Februar 2003

Irans Präsident Chatami kündigt einen gesamten nuklearen Brennstoffkreislauf an.

September 2003

Die IAEA verlangt vom Iran bis Oktober einen „vollständigen“ Bericht über sein Atomprogramm vorzulegen, ein Zusatzprotokoll zum Nichterbreitungsvertrag zu unterzeichnen, um die Befugnisse der Inspektoren drastisch zu erweitern und alle Arbeiten am Bau der Anlage von Natanz einzustellen.

Dezember 2003

Iran unterzeichnet das freiwillige Zusatzprotokoll mit der IAEA

September 2004

Die US-Administration setzt mit Unterstützung des EU-Trios (England, Frankreich, Deutschland) im IAEA-Vorstand ein Ultimatum gegen Iran durch, bis zum 25. November alle Tätigkeiten zur Urananreicherung einzustellen. Das EU-Trio stellt sich als „Vermittler“ dar. Teheran hofft, dass die EU-Staaten an einer sachlichen und fairen Lösung der anstehenden Probleme interessiert seien.

Oktober 2004

Hans Blix, langjähriger Chef der UNO-Waffeninspektoren im Irak, erklärt, wenn von den Iranern die Einstellung der Urananreicherung verlangt werde, „dann fordert man sie auf, etwas zu unterlassen, wozu sie berechtigt sind.“

November 2004

Der Iran stimmt unter dem Druck des Ultimatums dem Pariser Abkommen zu. Danach wird das Moratorium auf Isfahan und die Zentrifugenproduktion ausgeweitet.

Januar 2005

US-Vizepräsident Cheney betont: „Man sieht sich in der Welt nach potenziellen Krisenherden um, und Iran steht dann gleich an der Spitze dieser Liste.“

NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer fordert gegenüber dem Iran eine Politik mit „Zuckerbrot und Peitsche“:

Der US-Journalist Seymour Hersh weist verdeckte Operationen von US - Spezialeinheiten im Iran nach. Sie identifizieren Anlagen des iranischen Atom- und Raketenprogramms. Iran, so Hersh, sei „das nächste strategische Ziel“ des US-Krieges gegen den „Terror“ US-Präsident Bush zufolge könne man einen „Militäreinsatz gegen den Iran nicht ausschließen“, sollte das Land im Atomstreit „nicht kooperieren“.

Mai 2005

Das EU-Trio verspricht bis Ende Juli Vorschläge „materielle Anreize“ zu unterbreiten, um den Iran zu einer „nuklearen Kooperation“ zu überreden

August 2005

Der ehemalige CIA-Mitarbeiter Philip Giraldi enthüllt, dass Washington einen neuen Feldzug für den Mittleren Osten vorbereitet. Geplant seien „massive Luftangriffe gegen Iran, sowohl mit konventionellen als auch mit taktischen Atomwaffen“. Im Iran gebe es „mehr als 450 strategisch bedeutende Ziele....“.

Die vom EU-Trio unterbreiteten Vorschläge werden von Teheran als „völlig unzureichend“ bezeichnet. Der neue iranische Präsident Ahmadinedschad kündigt die Wiederaufnahme einer Konvertierungsanlage in Isfahan an.

September 2005

Der IAEA-Vorstand beschließt mehrheitlich eine Resolution, wonach Irans Verstöße gegen den Nichtverbreitungsvertrag in die Zuständigkeit des UNO-Sicherheitsrates gehörten.

Oktober 2005

Bush bezichtigt Syrien und Iran Terroristen zu unterstützen. Die USA machten „keinen Unterschied zwischen denen, die Terroranschläge begehen, und denen, die Terrorismus unterstützen und beherbergen, weil sie genau so des Mordes schuldig sind.“

November 2005

In Moskau beginnen Verhandlungen über ein Joint-Venture zur Urananreicherung in Russland.

Januar 2006

Nach dem Scheitern bisheriger Verhandlungsbemühungen entscheidet Teheran, einige Forschungsarbeiten wieder aufzunehmen.

Die Veto-Mächte wollen den Fall vor den UN-Sicherheitsrat bringen. Die USA und das EU-Trio erwägen die Verhängung von Sanktionen gegen Iran. Russland und China melden Bedenken an.

Der iranische Botschafter bei der IAEA, Soltanieh, erklärt, sein Land werde die Zusammenarbeit mit der Behörde aufkündigen, falls der Sicherheitsrat eingeschaltet werde.

Februar 2006

Nach der Androhung der IAEA, im Atomstreit den UN-Sicherheitsrat einzuschalten, hat der Iran, Diplomaten zufolge, seine Arbeiten zur Urananreicherung in der Anlage von Natans wieder aufgenommen.

US-Verteidigungsminister Rumsfeld zufolge sei „Iran... der Hauptförderer von Terrororganisationen wie Hisbollah und Hamas.“

BRD-Bundeskanzlerin Angela Merkel will im Konflikt mit dem Iran „keine Option vom Tisch“ nehmen.

März 2006

Der UN-Sicherheitsrat fordert Iran auf, die Urananreicherung und Wiederaufbereitung binnen 30 Tagen zu stoppen.

US-Vizepräsident Cheney äußert, das „iranische Regime“ müsse wissen, dass die internationale Gemeinschaft auf bedeutungsvolle Konsequenzen vorbereitet sei.

Die IAEA überweist den Konflikt an den UN-Sicherheitsrat.

Der russische Außenminister Lawrow erklärt, eine militärische Lösung sei „der falsche Weg“.

Während sich Teheran erstmals zu offiziellen diplomatischen Kontakten mit den USA bereit erklärt, bekräftigt Washington in einem sicherheitspolitischen Strategiepapier die Entschlossenheit zu einem möglichen Präventivangriff gegen Iran.

April 2006

IAEA-Inspektoren treffen zu einem Kontrollbesuch iranischer Atomanlagen in Teheran ein. Die Arbeiten an den 164 Zentrifugen werden nach wie vor unter IAEA-Kontrolle durchgeführt.

Die Forderung des Sicherheitsrates, zu der im Oktober 2003 vereinbarten Unterbrechung der Arbeiten an der Urananreicherung zurückzukehren, lehnt Teheran ab. Da es sich um einen freiwilligen Schritt zur Vertrauensbildung gehandelt habe, könne Irans Verhalten nun nicht mit Sanktionen bestraft werden.

US-Außenministerin Rice verlangt Iran klarzumachen, „dass sie keine andere Wahl haben, als sich zu fügen.“

Im UN-Sicherheitsrat streben die USA eine Resolution nach Kapitel VII an, die Maßnahmen und Sanktionen gegen den Iran fixiert.

Mai 2006

Die Westmächte wollen in der UN-Resolution das Atomprogramm des Iran als Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit brandmarken.

Der US-amerikanische UNO-Botschafter Bolton äußert, falls kein Beschluss des Sicherheitsrates nach dem Willen seines Landes zustande käme, würden die USA „alles Erforderliche“ auch ohne entsprechende Resolution tun.

Israels Ministerpräsident Olmert verlangt zu verhindern, „dass der Iran Zugriff auf nicht-konventionelle Waffen bekommt.“

Teheran bekräftigt den Anspruch auf Ausbau der Nukleartechnologie. Ohne Anerkennung dieses Rechts seien alle Angebote unakzeptabel. Als Kompromiss wird ein Abkommen angeboten, für mehrere Jahre auf Urananreicherung auf iranischem Territorium zu verzichten.

Israels Ministerpräsident Olmert behauptet, die Fähigkeit des Iran zur Entwicklung von Atomwaffen sei hinsichtlich der Zeitspanne „besser in Monaten als in Jahren zu messen.“

Juni 2006

Die Westmächte warten mit einer Paketlösung auf, nach der der Iran Hilfe beim Bau eines Leichtwasserreaktors sowie Passagierjets und Ersatzteile für Irans Zivilluftfahrt erhalten soll, falls er auf eigene Anreicherung von Uran verzichte. Der Iran müsse bis zum 29. Juni antworten. Teheran lehnt eine Frist ab.

Die Bewegung der Blockfreien unterstützt die Position Teherans. Alle Staaten hätten das Recht, ohne Diskriminierung Atomenergie zu friedlichen Zwecken zu entwickeln und zu nutzen.

Juli 2006

Teheran bezeichnet das Kompromisspaket als akzeptable Grundlage für Verhandlungen.

Israel erklärt, die Raketen, mit denen ein israelisches Kriegsschiff vor der Libanesischen Küste angegriffen wurde, stammten aus iranischer Produktion. Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und Deutschland einigen sich auf eine neue Resolution. Sie soll Iran zwingen, bis zum 31. August auf zentrale Teile seines Atomprogramms zu verzichten. Eine Urananreicherung und alle damit verbundenen Arbeiten müssten unterbleiben. Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad weist die Resolution zurück.

August 2006

Der US-Enthüllungsjournalist Hersh legt im „New Yorker“, unter Berufung auf hochrangige ehemalige und amtierende Mitglieder der Bush-Administration glaubhaft dar, dass der israelische Aggressionskrieg gegen Libanon auf einem gemeinsamen israelisch-amerikanischen Plan beruhe. Mit den israelischen Luftangriffen sollen auch mögliche Präventivschläge der USA gegen die Atomanlagen und die Infrastruktur Irans geübt werden.

Die iranische Regierung wiederholt ihre Bereitschaft, über das EU-Kompromisspaket zu verhandeln. Die ultimative Forderung des UN-Sicherheitsrates nach Aussetzung der Urananreicherung wird jedoch abgelehnt.

US-General Michael Barbero beschuldigt Teheran, irakisch-schiitische Extremisten zu finanzieren und auszubilden, um die Lage im Irak zu destabilisieren.

Drei Tage vor Ablauf des UN-Ultimatums fordert Irans Präsident Ahmadinedschad seinen US-amerikanischen Amtskollegen Georg W. Bush zu einer gemeinsamen Fernseh-Live-Diskussion auf, um über weltpolitische Fragen und über Möglichkeiten zu sprechen, die aktuell bestehenden Spannungen abzubauen.

US-Verteidigungsminister Rumsfeld erklärt, die USA seien neben dem „umfangreichen Engagement“ im Irak und in Afghanistan auch in der Lage, einen Einsatz gegen den Iran zu verkraften. Der iranische Präsident weiht eine Fabrik zur Produktion von so genanntem Schwerem Wasser ein. Sie soll einem geplanten Schwerwasserreaktor dienen.

September 2006

Irans Armee probt in einem Militärmanöver „ohne Beispiel“ die Abwehr möglicher Angriffe auf das Land. Nachdem der Iran das UN-Ultimatum zur Aussetzung der Urananreicherung verstreichen ließ, fordert US-Präsident George W. Bush „Konsequenzen“ und einen Beschluss über Sanktionen. Russland und China lehnen ab.

Die EU will mit dem Iran im Gespräch bleiben. BRD-Bundeskanzlerin Merkel fordert im Bundestag, „die Welt“ dürfe „nicht tatenlos zusehen“, wie Iran die Regeln der IAEA verletze. Nach Meinung des israelischen Ministers für die Koordination mit der Knesset, Jacob Edery, „bleibt nur eine militärische Lösung. Je früher, desto besser.“

IAEA-Chef El Baradei räumt Verhandlungen mit dem Iran Priorität ein.

Der EU-Außenbeauftragte Javier Solana sieht nach Gesprächen mit dem iranischen Verhandlungsführer Ali Laridschani Fortschritte. Man habe „einige Missverständnisse ausgeräumt“.

Die IAEA beschwert sich beim Geheimdienstausschuss des US-Kongresses über falsche Angaben zu Teherans Nuklearaktivitäten. So enthalte ein Bericht „einige falsche, irreführende und unbelegte Informationen“ über angeblich waffenfähiges Uran Teherans. Der in iranischen Anlagen erreichte Anreicherungsgrad lasse eindeutig nur eine zivile Nutzung zu.

Die Fünfergruppe aus den UN-Vetomächten und Deutschland stellt dem Iran ein neues Ultimatum zum Stopp seiner Urananreicherung bis zur ersten Oktoberwoche

Oktober 2006

Teheran schlägt vor, ein Konsortium für die Produktion von angereichertem Uran in Iran zu gründen.

Die EU überweist den Atomstreit nach monatelangen erfolglosen Verhandlungen an den UN-Sicherheitsrat.

Israels Ministerpräsident Olmert erklärt: „Die Iraner müssen Angst haben. Sie müssen Angst haben, dass etwas passiert, von dem sie nicht wissen, dass es passiert.“

Der Iran installiert weitere Zentrifugen zur Urananreicherung. Der iranische Präsident Ahmadinedschad bietet den USA Hilfe bei der Beruhigung der Lage im Irak an.

November 2006

Die Vertreter der fünf Vetomächte und Deutschland vertagen sich auf unbestimmte Zeit, da die USA und Russland „gegen-sätzliche Ziele“ verfolgten.

Das EU-Trio legt eine neue Resolution vor, die Sanktionen gegen Teheran vorsieht.

Dezember 2006

US-Soldaten nehmen im Irak vier hochrangige iranische Militärberater sowie zwei Diplomaten fest. Sie sollen angeblich in Anschläge auf irakische Sicherheitskräfte verwickelt sein.

Der UN-Sicherheitsrat verhängt Sanktionen gegen den Iran. Der Maßnahmen-Katalog fordert alle Staaten auf, die Belieferung Irans mit allen Gütern zu verhindern, die mit der Urananreicherung, dem Bau eines Schwerwasser-Reaktors oder der Entwicklung atomwaffentragender Raketen zu tun haben könnten. Der **Rat** fordert Teheran auf, als Vorbedingung für weitere Verhandlungen bis zum 21. Februar 2007 alle mit der Urananreicherung verbundenen Arbeiten einzustellen.

Irans Außenministerium verkündet, man werde nun die Urananreicherung in Natanz auf 3.000 Zentrifugen hochfahren.

Januar 2007

IAEA-Chef El Baradei ruft zu einer „Auszeit“ auf. Iran sollte seine Arbeiten an der Urananreicherung unterbrechen, der UN-Sicherheitsrat seine Sanktionen aussetzen, um den Weg zu einer Rückkehr an den Verhandlungstisch freizumachen.

Die USA und die EU bestehen darauf, dass der Iran die Anreicherungsarbeiten einstellen muss.

Februar 2007

Der Iran gestattet Inspektoren der IAEA die Installation von Überwachungs-Kameras in der Urananreicherungsanlage Natans. Auch ein offizieller Besuch ausländischer Experten in der Uranumwandlungsanlage Isfahan wird erlaubt.

Teheran weist Vorwürfe hochrangiger US-Militärs entschieden zurück, der Iran sei mit der Lieferung technisch hochwertiger Waffen an irakische Aufständische für den Tod von mindestens 170 US-Soldaten verantwortlich.

Die iranische Agentur INA meldet, 30 bewaffnete Männer in Uniformen der Irakischen Armee haben in Bagdad den Zweiten Sekretär der iranischen Botschaft entführt.

Die EU schließt im Atomstreit mit Iran eine Rückkehr zu Verhandlungen nicht aus.

Die Londoner „Times“ berichtet von Befürchtungen in „britischen Regierungs-Kreisen“, dass George W. Bush „die iranische Frage mit militärischen Mitteln regelt“, wenn er beschließen sollte, dass „die internationale Diplomatie gescheitert“ sei.

Iran testet eine Weltraumrakete.

Die Regierung des Landes erklärt sich nochmals zu Gesprächen ohne Vorbedingungen über sein Atomprogramm bereit.

März 2007

Russland sagt die vereinbarte Fertigstellung des iranischen Atomkraftwerks Bushehr ab. Der Chef der iranischen Atombehörde und Vizepräsident Gholamreza Aghasadeh teilt mit, sein Land errichte jetzt selbst ein Atomkraftwerk.

Die IAEA beschließt, etwa die Hälfte seines technischen Hilfsprogramms für Teheran einzustellen.

Die fünf Vetomächte des Sicherheitsrates und Deutschland beschließen schärfere Maßnahmen gegen den Iran. Das Handelsembargo soll erweitert werden. Das bisherige Handelsverbot für atomwaffenfähige Materialien wird auf alle Waffen erweitert.

Der Iran setzt die Zusammenarbeit mit der IAEA teilweise aus. Iran verweigert UNO-Inspektoren den Besuch der Urananreicherungsanlage in Natans.

Iranische Grenztruppen nehmen auf offener See vor dem Mündungsgebiet des irakisch-iranischen Grenzflusses Schatt al Arab 15 britische Marinesoldaten fest. Die Soldaten werden beschuldigt, in iranisches Hoheitsgebiet eingedrungen zu sein. Die Darstellungen, auf welcher Seite der Grenze sich der Zwischenfall abspielte, sind kontrovers.

Im Golf beginnt mit zwei US-Flugzeugträgern und zwei weiteren US-amerikanischen Kriegsschiffen das größte Flottenmanöver in diesem Raum seit drei Jahren.

April 2007

Nach Verhandlungen zwischen Teheran und London werden die 15 britischen Marinesoldaten freigelassen. Nach ihrer Heimkehr erklärt der britische Premier Blair, im Atomstreit mit dem Iran müsse der Druck aufrechterhalten werden.

Der iranische Vizepräsident Parviz Davudi erklärt, sein Land halte am Nuklearprogramm fest und plane den Bau neuer Atomkraftwerke. Präsident Ahmadinedschad verkündet, dass der Iran nunmehr in der Lage sei, in industriellem Maßstab Kernbrennstoff herzustellen.

Die IAEA betont, dass der Umfang der Urananreicherung in Natans geringer sei als von Teheran angegeben. Der Iran werde erste in vier bis sechs Jahren die Fähigkeit zum Atombombenbau haben. Es sei noch viel Zeit für die Diplomatie.

Die IAEA bestätigt die Angaben Teherans, dass der Iran mit der Urananreicherung begonnen hat.

Mai 2007

Vertreter des Iran nehmen sowohl an der UNO-Konferenz über eine Reform des Atomwaffensperrvertrages in Wien als auch an einem Treffen in Bagdad zur Situation im Irak teil. In Bagdad kommt es erstmals seit 27 Jahren zu diplomatischen Gesprächen zwischen Vertretern der USA und des Iran.

Einen Tag nach dem historischen Treffen in der irakischen Hauptstadt erhebt Teheran offiziell Anklage gegen drei US-

Amerikaner wegen Spionage und Gefährdung der nationalen Sicherheit des Iran.

Juni 2007

Der israelische Transportminister Schaul Mofaz deutet in Radio Israel an, dass sein Land und die USA Ende dieses Jahres über Militärschläge gegen Iran entscheiden wollen.

US-Senator Joe Lieberman verlangt, „darauf vorbereitet (zu) sein, aggressiv militärisch gegen den Iran vorzugehen.“

Der Iran verfügt laut Nachrichtenagentur ISNA inzwischen über 3.000 Zentrifugen zur Urananreicherung.

Der EU-Außenbeauftragte Solana bezeichnet ein weiteres Treffen mit Teherans

Chefunterhändler Laridschani in Lissabon als „sehr konstruktiv“. Laridschani erklärt sich nach einem Gespräch mit dem Leiter der IAEA, El Baradei, zur Ausarbeitung eines Plans zur Lösung des Atomstreits bereit.

Zur USA-Zielsetzung

Aus der vorigen Presseübersicht hierzu noch einmal zwei Stimmen.

Die „**Berliner Zeitung**“ hatte in ihrer Ausgabe vom 4./5.März 2006 geschrieben:

„Für die Bush-Regierung geht es um weit mehr als die Atomwaffenfrage. Eigentliches Ziel ist die Installierung eines proamerikanischen Regimes in Teheran. Deshalb weigert sich Washington auch, dem Iran Sicherheitsgarantien zu geben, obwohl sich damit der Atomstreit vermutlich lösen ließe. Das Land ist von zentraler Bedeutung für die Beherrschung ganz West- und Zentralasiens. Dabei geht es den USA generell um die Eindämmung des russischen und chinesischen Einflusses sowie konkret um den Zugriff auf die enormen Rohstoffreserven der Region. Um eine US-hörige Regierung an die Macht zu bringen, hatten die USA schon in den fünfziger Jahren kein Problem damit, die halbwegs demokratisch legitimierte Regierung Mossadegh zu stürzen, als diese das iranische Öl nationalisieren wollte.“

„**Junge Welt**“ vom 11./12. März 2006 nannte mit Blick auf die „hegemoniale Tagesordnung“ Washingtons vier strategische Überlegungen der USA.

Erstens soll durch die gezielte Zerstörung sämtlicher Atomanlagen an 10 bis 15 Standorten Irans Atomprogramm unterbrochen und Israels Vormachtstellung in der Region und die Hegemonialposition der USA dauerhaft unantastbar gemacht werden.

Zweitens soll der Iran als regionale Mittelmacht zu einem unbedeutenden Machtfaktor zerbombt werden....

Drittens soll durch Chaos und Revolte der unzufriedenen Iraner und Aufwiegelung ethnischer Minderheiten ein Regimewechsel herbeigeführt und eine den Vereinigten Staaten hörige Regierung installiert oder Iran entlang ethnischer Zusammensetzung gespalten werden.

Viertens soll Iran zu einem Präzedenzfall zur Neuinterpretation des Nichtverbreitungsvertrages gemacht und die Urananreicherung de facto als Privileg der Atomwaffenstaaten festgeschrieben werden.“

Contra Völkerrecht

„**Junge Welt**“ vom 4. Oktober 2006 referiert Gedanken des US-amerikanischen Wissenschaftlers Noam Chomsky, die er in der Schrift „Der gescheiterte Staat“ dargelegt hat. So heißt es u. a.: „Mit der Außenpolitik der Regierung Bush wird endgültig klar, dass die USA internationale Verträge als Regelungen ansehen, die der stärkere Vertragspartner nach Gutdünken befolgen oder brechen kann: Die amerikanische Doktrin spricht den demokratischen Formen solange Wert zu, als sie ihre Geschäfte nicht stören, ist dies allerdings der Fall, werden sie zu weltfremden und unnützen Prinzipien erklärt. Seit den 50er Jahren hatten die USA nie ein Problem damit, wie im Iran, in Guatemala oder Chile Diktatoren an die Macht zu bringen und zu unterstützen, wenn diese der amerikanischen Außenpolitik und Wirtschaft von Nutzen waren.

Diese moralische Doppelzüngigkeit wird auch beim Konflikt mit dem Iran in Bezug auf den Atomwaffensperrvertrag (NPT) deutlich: Darin haben sich die über Nuklearwaffen verfügenden Staaten verpflichtet, den atomwaffenfreien Ländern den freien Zugang zur friedlichen Nutzung von Atomenergie zu ermöglichen und ihr eigenes Kontingent abzurüsten. Weder die eine noch die andere Bestimmung wird von den USA eingehalten, dafür ein ernster Konflikt mit dem Iran provoziert, wenn sich dieser um eigene Nukleartechnik bemüht.“

Im „**Friedensjournal**“ (5/2006) wird festgestellt: „Der Iran wurde bisher vergeblich unter Druck gesetzt, von seinem völkerrechtlich legitimierten Recht auf Uran-Anreicherung Gebrauch zu machen. Der

Widerstand der iranischen Führung wird dazu genutzt, um mit ähnlichen Lügen wie bei den US-Aggressionen gegen Afghanistan und Irak einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg anzudrohen.“

„**Neues Deutschland**“ gibt am 11. April 2007 Äußerungen des iranischen Präsidenten wieder: „Ahmadinedschad bekräftigte in seiner Rede das Recht Irans als Unterzeichnerstaat des Atomwaffensperrvertrages, die Kernenergie friedlich zu nutzen. Sanktionen und ähnliche Schritte, die das Land zur Einstellung der Urananreicherung bewegen sollen, stehen diesem Recht nach iranischer Auffassung entgegen und sind demzufolge illegal. Den Verdacht, Iran arbeite an einer militärischen Nutzung der Atomenergie und verstoße damit gegen den Atomwaffensperrvertrag, hat Teheran stets strikt zurückgewiesen.“

Die „**Berliner Zeitung**“ kommentiert am gleichen Tage die USA-Position: „Diese Politik der Vorbedingungen ist falsch. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Anreicherung, zu der jedes Land der Erde berechtigt ist, solange sie zivilen Zwecken dient, im Iran zu einer Frage der nationalen Ehre wurde. Und sie hat dazu geführt, dass viel Zeit verstrichen ist, ohne dass in der Sache verhandelt werden konnte. Einmal unterstellt, der Iran strebt tatsächlich nach Atomwaffen – was wäre gewonnen, wenn sich der aktuelle Streit so zuspitzt, dass Teheran aus dem Atomwaffensperrvertrag aussteigt und jegliche IAEO-Kontrollen unterbindet? Wichtig wäre vielmehr, dass die USA dem Iran endlich die seit langem geforderten Sicherheitsgarantien geben und die Bush-Regierung öffentlich von allen früheren Verlautbarungen abrückt, wonach Irans Führung gestürzt werden müsse.“

Kurs auf neuen Krieg

Die Kriegsvorbereitungen der USA wurden im vergangenen Jahr intensiviert. Die psychologische Kriegsführung wird verstärkt. Die Vorbereitungen für militärische Schläge werden vom Aufmarsch von Kampfverbänden begleitet.

Zur psychologischen Kriegsführung

Krieg beginnt gewöhnlich mit Lügen. Mehrere Felder werden von „Experten“ bedient und von den Massenmedien verbreitet.

- Da wird die Welt von der „iranischen Atombombe bedroht“. Eine

Bombe, die – so die Schlagzeilen – in wenigen Monaten, ja Wochen einsatzfähig sein könne.

Nur vereinzelt, wie in der „Berliner Zeitung“ vom 22./23. April 2006, erscheint eine Meldung, in der gesagt wird: „Der Iran ist nach Einschätzung von US-Geheimdienstdirektor John Negroponte noch Jahre von seiner Atombombe entfernt.“

- Da werden „verdächtige Uranspuren im Iran“ „entdeckt“. Teheran spricht von „grundlosen Behauptungen“. IAEA-Sprecher wollen, so die „Berliner Zeitung“ vom 13./14. Mai 2006, „zunächst nicht kommentieren“.

- Da wird wiederholt von „illegalen Waffenlieferungen Teherans an die Aufständischen“ im Irak berichtet. In Bagdad, so die „**Junge Welt**“ vom 13. Februar 2007, machen Bilder von Mörsergranaten, Kanisterbomben und Panzerfäusten mit angeblichen iranischen Seriennummern.... die Runde.“ Eine einfache Google-Suche im Internet ergäbe, dass derartige Waffen leicht zu beschaffen sind, „etwa über bulgarische Rüstungsdealer.“

„**Junge Welt**“ dazu noch am 14. Februar 2007: „Der höchste US-Offizier, General Peter Pace, erklärte im Interview mit Voice of America“, er habe von der Präsentation in der irakischen Hauptstadt erstens nichts gewusst, zweitens gäbe es keine Beweise dafür, dass die iranische Regierung von solchen Waffenlieferungen ‚gewusst‘, geschweige denn sie ‚angeordnet‘ habe.“

Der „**Freitag**“ zur gleichen Thematik am 23. Februar 2007: „Dennoch suggeriert das Weiße Haus weiterhin, die Präsenz iranischer Waffen im Irak könne nur dadurch erklärt werden, dass Teheran den Schmuggel ins Nachbarland protegiert. Ignoriert wird eine weltbekannte Realität: Jeder kann sich im Mittleren Osten nahezu alle Waffen, darunter panzerbrechende Munition, über Mittelsleute und den Schwarzen Markt beschaffen.“

- Da beflügeln einige demonstrative iranische Raketenstarts die „Experten“ im Pentagon, auch von einer Bedrohung Europas zu sprechen. Um unseren Kontinent noch enger in US-amerikanische Rüstungsprojekte einzubeziehen und die Europäer noch stärker in den „Krieg gegen den Terrorismus“ einzugliedern, sollen hier bis 2011 zehn Abfangsysteme installiert werden.

Am 23. März 2007 melden die Nachrichtenagenturen, dass bei einem mysteriösen Zwischenfall im Schatt Al Arab 15 Angehörige der britischen Kriegsmarine, die zur Besatzung der britischen Fregatte „Cornwall“ gehören, von iranischem Militär gefangen genommen worden sind. Sie hätten sich auf iranischer Seite der Seegrenze bewegt, lautet die Teheraner Darstellung. Sie hätten in irakischen Gewässern operiert, so die britische Darstellung.

Die „Cornwall“ diene vermutlich als Flaggschiff einer Task Force, schreibt die **„Junge Welt“** am 24./25. März 2007.

Nach Teheraner Angaben gestanden die britischen Marinesoldaten, sich in iranischen Territorialgewässern befunden zu haben. Zwischen Teheran und London wird ein ausgesprochener Nervenkrieg entfesselt. Teheran droht die Gefangenen vor ein Gericht zu stellen. Gleichzeitig werden wiederholt Video-Aufnahmen von den unversehrten Gefangenen veröffentlicht.

Premier Tony Blair fordert die Freilassung und droht Teheran, lt. **„Junge Welt“** vom 28. März 2007: „Wir können auch anders.“

„London legt die Beziehungen zu Teheran auf Eis“, titelt die **„Berliner Zeitung“** am 28. März 2007.

Die britische Regierung schaltet den UN-Sicherheitsrat ein. Die EU stellt sich hinter London.

Am 27. März 2007 meldet **AP**, dass „die US-Marine ihr größtes Manöver im Persischen Golf seit Beginn des Irak-Krieges vor vier Jahren begonnen“ hat.

Am 2. April 2007 melden die Medien, dass London auf Diplomatie setze. Der iranische Rundfunk stellt „positive Veränderungen“ im Konflikt fest.

Die **„Berliner Zeitung“** zitiert am 3. April 2007 den iranischen Chefunterhändler zu Auslandsfragen, Ali Laridschani, „das Problem durch die zuständigen diplomatischen Kanäle zu lösen.“ Im Ergebnis von Verhandlungen erfolgt die Freilassung der 15 britischen Marinesoldaten und ihre Rückkehr nach Großbritannien.

Psychologische Kriegführung – die **„Berliner Zeitung“** gibt am 13. April 2006 einen Einblick, wie das vor sich geht: „Kriege beginnen lange bevor die erste Bombe fällt. Zuerst werden Propagandaschlächen geschlagen. Der Besorgniszustand steigert sich. Es hagelt Drohungen und Warnungen. Vorwürfe und Beschuldigungen werden erho-

ben, Nachrichten lanciert und Vermutungen mit hohem Wahrscheinlichkeitsgraden etikettiert. Militärs arbeiten Angriffspläne aus, Politiker bemühen sich um internationale Allianzen. Wahlweise geht es um die Verteidigung nationaler Rechte, des Weltfriedens oder um den Anti-Terror-Kampf.“

Kriegsvorbereitung und Kriegsdrohung

Am 2. April 2006 informiert der Londoner „**Daily Telegraph**“, dass sich Washington um das Zustandekommen einer Kriegskoalition bemühe, „nötigenfalls“ aber auch zu einem Alleingang, eventuell im Zusammenspiel mit Israel, entschlossen sei. In der ersten Phase würde die iranische Luftabwehr durch Cruise Missiles zerstört werden. Anschließend würden schwere „Tarnkappen“- Bomber vom Typ B 2 die Atomanlagen angreifen.“

Der britische Sicherheitsexperte Professor Paul Rogers sagte in einem Gespräch mit „**Neues Deutschland**“ vom 1./2. April 2006: „Zur Zeit stehen die Chancen bei 50:50, dass es innerhalb der nächsten zwei Jahre zu einer militärischen Konfrontation mit Iran kommt.“

Die „**Berliner Zeitung**“ informiert am 10. April 2006 über einen Bericht des namhaften Enthüllungsjournalisten Seymour Hersh im US-amerikanischen Magazin „The New Yorker“. Danach „sei bereits mit der Planung von massiven Bombenangriffen auf den Iran begonnen worden“. „Geprüft werde auch der Einsatz von mit radioaktivem Material bestückten Bunker brechenden Bomben gegen die unterirdische Urananreicherungsanlage Natans“.

„**Neues Deutschland**“ kommentiert am 10. April 2006 unter der Überschrift „Kriegspläne“: „Einiges spricht dafür, dass es nur noch eine Frage des günstigsten Zeitpunktes ist, bis die USA wieder einmal zuschlagen. Der Glaube oder die Autosuggestion von Bush und seinen „**Neocons**“, dass Iran an einer Atombombe bastelt, scheint so unerschütterlich wie **der** an die Massenvernichtungswaffen in den Händen von Saddam Hussein.“

Nachrichtenagenturen geben eine Erklärung von US-Präsident Bush wieder: „Alle Optionen liegen auf dem Tisch“, um Teheran an der Fortsetzung seines Atomprogramms zu hindern.

US-Außenministerin Condoleezza Rice geht davon aus, dass „erneut die Stunde für eine ‚Koalition der Willigen‘“ schlage, falls der UN-Sicherheitsrat nicht zu einer Entscheidung fände.

„**Junge Welt**“ bemerkt am 21. April 2006 dazu: „Wo die Diplomatie aufhört und die Gewalt beginnt, bestimmt die Regierung in Washington. **Wenn sich der UN-Sicherheitsrat nicht als Instanz zur Kriegsermächtigung instrumentalisieren lässt, wird er suspendiert und erst wieder zur Bestätigung des Kriegsergebnisses in seine Rechte eingesetzt.** Für einen Angriff auf den Iran, ließ Misses Rice wissen, bräuchten die USA keine Entscheidung des Weltsicherheitsrates. Dazu könne man auch – wie im Irak oder auf dem Balkan – eine Koalition der Willigen organisieren.“

Im „**Friedensjournal**“(3/2006) ist zu lesen: “Bush, Cheney und Rumsfeld sind ihrem Ziel ein weiteres Stück näher gekommen. Condoleezza Rice forderte den UN-Sicherheitsrat auf, Irans Atompolitik als eine Bedrohung für den Weltfrieden zu deklarieren und Iran nach Kapitel 7 der UN-Charta den Einsatz ‚aller notwendigen Mittel‘ anzu-drohen. Der iranische Präsident hatte mit seiner Ankündigung, Iran sei eine Atommacht, genau so reagiert, wie es die US-Regierung nach ihrer harten Ablehnung des russischen Kompromissvorschlages am 7. März erwartet hatte. Beide Seiten denken und handeln nach der Logik von Drohung und Gegendrohung. Bush will den Krieg und Ahmamedschad scheut ihn nicht.“

In einem Gespräch, das „**Neues Deutschland**“ (6. Juli 2006) mit dem US-amerikanischen Journalisten Seymour Hersh führte, erklärte dieser u. a.: „Für Washington ist es durchaus normal, alle möglichen Szenarien, inklusive Krieg, durchzuspielen. Das U.S. Strategic Command in Nebraska hat zusammen mit der US-Luftwaffe eine Reihe von Kriegs- bzw. Angriffsszenarien entwickelt. Mir wurde gesagt, dass dabei angeblich bis zu 1.000 Bombenziele in Iran ausfindig gemacht wurden. Mein Eindruck ist, dass das Militär Vorbereitungen für Luftangriffe von riesigem Ausmaß trifft. Der Generalstab erklärt dem Weißen Haus dabei immer wieder die Bereitschaft, seine Beratungsfunktion auszuüben. Gleichzeitig warnt er den Präsidenten und den Vizepräsidenten allerdings vor ungeheuren politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen, die ein Angriff auf Iran nach sich ziehen würde.“

Zu der Meldung von Agenturen, der US-Präsident habe sich gegenüber ausländischen Journalisten im Atomstreit gesprächsbereit gegeben, kommentiert die „**Berliner Zeitung**“ am 12. Juli 2006 unter der Überschrift „Bushs Lächel-Offensive“: „Es gibt guten Grund sich den Arm zu kneifen. Ist Bush krank? Nein. Aber er ist angeschlagen. Sein Vorhaben, die Welt durch Krieg zu demokratisieren und damit die USA sicherer zu machen, ist nicht erfolgreich. Die Lage im Irak ist vier Jahre nach der amerikanischen Invasion desaströs. Iran und Nordkorea bieten den USA die Stirn und die Mehrheit der Amerikaner meint, die Invasion Iraks sei es nicht wert gewesen.“ Und das Blatt an anderer Stelle: „Statt der gewohnten Macho-Sprüche über die Entschlossenheit der USA, mahnt Bush nun zur Geduld mit den Mächten der Achse des Bösen.“

Kurze Zeit später, am 1. September 2006, kommentiert die „**Berliner Zeitung**“ aufgrund der intensiv fortgesetzten US-Kriegsvorbereitungen: „Man fühlt sich an Herbst und Winter 2002/2003 erinnert, die Zeit vor der – ebenfalls lange angekündigten – amerikanischen Invasion im Irak. Nur: Diesmal käme es wohl weit schlimmer. Seinerzeit hat die rot-grüne Bundesregierung eine direkte Beteiligung an dem Aggressionskrieg des Hauptverbündeten abgelehnt. Zwar ließ man – schlimm genug – zu, dass deutsches Territorium auch während des Krieges von den USA für logistische Zwecke genutzt wurde, der BND-Skandal ist ebenfalls noch gut in Erinnerung. Aber immerhin: deutsche Soldaten waren nicht beteiligt.

Im Fall Iran wird das anders sein. Trotz der Erfahrung der US-Aggression im Irak, trotz Kenntnis der tatsächlichen amerikanischen Motive gegenüber dem Iran und trotz vielfältiger Warnungen von Experten ist die Bundesregierung aus CDU und SPD jetzt schon dabei, deutsche Truppen in diesen Konflikt zu schicken. Denn was in diesem Sommer im Libanon passiert ist, war in erster Linie ein Vorab-Krieg vor der geplanten Iran-Aktion.“

AP und **andere Agenturen** melden Mitte September 2006 den Beginn eines Aufmarschs von US-Flotteneinheiten in der Straße von Hormuz vor der iranischen Küste: Genannt werden der Flugzeugträger USS Eisenhower, der Lenkwaffenzerstörer USS Anzio, die Cruise-missile-bestückten Schlachtschiffe USS Ramage und USS Mason sowie das Raketen-U-Boot USS Newport News.

„**Junge Welt**“ vom 11. Oktober 2006 zitiert den früheren Ressortchef der „New York Times“ für den Nahen Osten, Chris Hedge: „Die Schiffe werden am Monatsende bereit zum Zuschlagen ... sein. Es könnte ein Bluff sein... Es könnte eine simple Demonstration amerikanischer Macht sein. Aber ich zweifle daran.“

„**Junge Welt**“ vom 14./15. Oktober 2006 gibt die Auffassung von US-Luftwaffengeneral Thomas McInerney wieder, der sich für einen Großangriff auf den Iran spätestens im Herbst 2007 ausgesprochen hat: „Erstes Ziel der Angriffe müsse es sein, innerhalb von 24 bis 36 Stunden rund 1.500 Ziele zu zerstören. Neben Atomanlagen und militärischen Einrichtungen müssten die iranische Luftwaffe und Irans Raketenstellungen zerschlagen werden. Auch die iranische Marine müsse vernichtet werden, um eine Blockade der Erdöl-Transportwege im Persischen Golf zu verhindern.“

Pressemeldungen zufolge antwortet der Iran auf derartige Ankündigungen Anfang November 2006 mit dem Großmanöver „Großer Prophet“:

Die „**Berliner Zeitung**“ vom 16. Januar 2007 beschreibt, wie die USA diplomatisch, militärisch und medial eine Konfrontation mit dem Iran betreiben und resümiert: „... die USA wollen suggerieren, dass der Iran das Haupthindernis für Stabilisierung und Wiederaufbau im Irak ist. Bringt die neue Strategie dort keinen Erfolg, dann steht nicht nur der Schuldige fest. Auch die Lösung ist vorgegeben.“

„**Junge Welt**“ dokumentiert am 2. Februar 2007 die Rede von US-Präsident Bush zur Lage der Nation. Darin heißt es zum Iran: „Das Regime dieses Landes sponsert Terroristen in den palästinensischen Gebieten und im Libanon – und das muss ein Ende haben. Die iranische Regierung fordert mit ihren nuklearen Ambitionen die Welt heraus, und die Nationen der Welt dürfen dem iranischen Regime den Besitz von Atomwaffen nicht gestatten.“

Dazu die „**Berliner Zeitung**“ in einem Kommentar am 16. Februar 2007: „Es spricht wenig dafür, dass Iran tatsächlich viel Einfluss im Irak ausübt – vieles hingegen dafür, dass die Amerikaner eine Menge Gründe haben, das Gegenteil zu behaupten: Zum einen kann dem Iran nicht nachgewiesen werden, dass es Atombomben baut oder bauen will. Den USA fehlt ein richtiger Kriegsgrund. Mit dem Vorwurf aber, iranische Soldaten töten US-Soldaten, lässt sich vielleicht ein Selbstverteidigungsakt hinbiegen. Zum ande-

ren aber ist es auch hilfreich gegenüber den eigenen Kritikern daheim, wenn man dem Iran alle Schuld an Besatzungsproblemen aufbürden kann....“.

„**The Guardian**“ zitiert am 2. Februar 2007 den ehemaligen CIA-Direktor für Aufstandsbekämpfung Vincent Cannistraro: „Die Ziele für einen Luftkrieg gegen die iranischen Atomanlagen sind bereits ausgesucht, und die militärischen Mittel, um ihn durchzuführen, sind bereits in Stellung gebracht.“

AP schreibt am 9. Februar 2007: „Schon wieder rasseln die Säbel am Persischen Golf. Die USA steuern unbeirrt einen Kurs der Konfrontation mit dem Iran an, der seinerseits für den Fall eines Angriffs mit bitterer Vergeltung droht. Beide Seiten rüsten auf, rhetorisch und militärisch.“

Das Magazin „**Stern**“ veröffentlicht am gleichen Tag die Meinung des früheren NATO-Oberbefehlshabers Wesley Clark: „Ich fürchte, es wird zu einer militärischen Konfrontation mit dem Iran kommen. Mit katastrophalen Folgen für die Region und für uns.“

Die USA haben laut „**Junge Welt**“ vom 21. Februar 2007 einen zweiten Flugzeugträger, die USS John C. Stennis, im Golf von Oran stationiert. Das Blatt zitiert US-Verteidigungsminister Robert Gates, der die Stationierung als „Signal an den Iran“ bezeichnet hat.

Die in Rom erscheinende „**la Repubblica**“ schreibt am 26. Februar 2007: „...in der Frage, wie man dem Iran... militärisch begegnen könne, sind die Strategen im Pentagon bereits seit mehr als zwei Jahren an der Arbeit.“

Die „**Berliner Zeitung**“ gibt am gleichen Tag die Äußerung des Enthüllungsjournalisten Hersh über die Planungen des im Pentagon wieder: „Derzeit läuft eine Feinabstimmung über die Ziele.“

„**Junge Welt**“ gibt in der Ausgabe vom 31. März/1. April 2007 eine Meldung der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti wieder: „In letzter Zeit erhält die Militäraufklärung Daten, die von einer aktiveren Vorbereitung der US-Kräfte auf eine Luft und eine Bodenoperation gegen Iran zeugen.“

Am 22. Juni 2007 resümiert „**Junge Welt**“ den bis Ende Februar 2007 vollzogenen Aufmarsch von Kampfverbänden für einen Angriff: „Insgesamt hatte Washington zu diesem Zeitpunkt etwa 50 Kriegsschiffe

im und um den Persischen Golf zusammengezogen...Hunderte US-Kampfflugzeuge standen in der Region bereit: auf den Flugzeugträgern, auf der riesigen US-Base Katar, in Bahrain, auf den vier großen US-Luftstützpunkten in Irak, auf Diego Garcia im Indischen Ozean und in Afghanistan. Sogar auf der US-Basis Incirlik in der Türkei war Verstärkung eingetroffen.“

In dem Beitrag heißt es abschließend über das Kalkül der Hardliner in Washington: „Wenn... jetzt Krieg gegen Iran geführt und das Land in die Steinzeit zurückgebombt wird, dann wäre das zwar für Amerika verlustreich und würde weltweit zu einer Wirtschaftskrise führen, aber von allen Länder der Welt seien die USA am besten in der Lage, die Verluste zu verwinden und die Krise zu meistern. Und in zehn Jahren wäre die Krise überwunden; die USA würden nicht nur den Golf, sondern den Größeren Mittleren Osten mehr denn je dominieren, und der Status von Israel als unangefochtener regionaler Supermacht wäre sicherer wie nie zuvor.“

Alleingang Israels?

„**Neues Deutschland**“ vermittelt in seiner Ausgabe vom 26./27. August 2006 einen Bericht der „Jerusalem Post“. Darin heißt es unter Berufung auf „hochrangige Regierungsstellen“, „Wenn es darum ginge, ‚Iran zu stoppen‘, müsse es Israel wohl ‚allein machen‘.“

Am gleichen Tag veröffentlicht „**Neues Deutschland**“ eine Meldung aus der israelischen Tageszeitung „Haaretz“. Danach „werde der Oberkommandierende der israelischen Luftwaffe, General Elieser Schkedi, Einsatzpläne ausarbeiten, die Aktivitäten der Geheimdienste und der einzelnen Truppenteile koordinieren und im Falle des Ausbruchs eines Krieges mit Iran die darin zum Einsatz kommenden israelischen Streitkräfte befehligen.“

„**Junge Welt**“ referiert am 21. September 2006 einen Bericht der „Jerusalem Post“, in dem ein hochrangiger israelischer Offizier erklärt, „dass das Oberkommando (HFC) seit Ende des Libanon-Krieges den Schwerpunkt seiner Aktivitäten in Richtung Iran verschoben hat.“

„**Junge Welt**“ setzt sich in einem Artikel unter der Überschrift „Der kommende Weltkrieg“ u. a. mit der Rolle des Libanon-Krieges auseinander und schreibt: „Tatsächlich war der Israel-Überfall auf die Zedernrepublik nur die Ouvertüre zu einem weitaus größeren Schlachten – jedenfalls nach dem Willen der entscheidenden Kriegsplaner in Washington. Der US-Investigativjournalist Seymour Hersh – er ent-

tarnte das Foltergefängnis Abu Ghraib – hat nach zahlreichen Gesprächen mit US-Politikern und Militärs darauf aufmerksam gemacht, dass diese den israelischen Angriff auf Libanon als ‚ein Spiegelbild für das, was die USA mit dem Iran vorhaben‘, sehen.“

„**Der Spiegel**“ (34/ 2007) veröffentlicht einen Beitrag von Hersh, in dem u. a. festgestellt wird: „ ...seit Jahrzehnten haben die Vereinigten Staaten und Israel Geheimdiensterkenntnisse geteilt und eine enge militärische Zusammenarbeit gepflegt. Unter Druck des Weißen Hauses, so berichtet ein ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter, hätten ranghohe Planer der amerikanischen Luftwaffe im Frühjahr damit begonnen, ihre Ansprechpartner in der israelischen Luftwaffe zu konsultieren. Es ging um die Erstellung des Kriegsplans für einen entscheidenden Schlag gegen Irans Nuklearanlagen. ‚Die grundsätzliche Frage für unsere Luftwaffe lautete‘, so der ehemalige Geheimdienstmann, ‚wie kann sie erfolgreich eine ganze Serie gehärteter Ziele in Iran treffen? Und wer ist unser wichtigster Verbündeter bei der Luftwaffenplanung? Natürlich nicht der Kongo, sondern Israel.“

Den Atomtest Nordkoreas nehmen Hardliner in Israel zum Anlass, um Aktionen gegen Iran zu verlangen.

„**Junge Welt**“ vom 12. Oktober 2006 zitiert den Militärexperten der israelischen Arbeitspartei, General Ephraim Sneh: „Vielleicht lässt sich die Welt diese Sache in Nordkorea eine Lehre sein, was das Thema Iran angeht... Die israelische Politik muss sich den Vorgang zunutze machen, um die internationale Gemeinschaft zu überzeugen, indem sie sagt: Tut etwas, bevor es zu spät ist.“

Am 5. Januar 2007 vermittelt „**Junge Welt**“ Passagen aus dem Bericht des Instituts für Nationale Strategiestudien (INSS) an der Universität in Tel Aviv:

„Die Zeit arbeitet zugunsten Irans. Schließt man eine Militäraktion aus, dann ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann Iran Atomwaffen besitzt.“

Auf der Pressekonferenz zur Übergabe des Berichts ergänzte das Vorstandsmitglied des Instituts General Giora Eiland, „ es werden keinen Militärschlag Israels ohne volles strategisches und militärisches Einverständnis mit den USA“ geben. „Selbst wenn letzten Endes israelische Kampfflugzeuge diesen Angriff ausführen, dann wird er, und zwar zu Recht, als zwischen den USA und Israel abgesprochen gelten.“

„**Junge Welt**“ vermittelt am 8. Januar 2007 Auszüge aus einem Bericht der britischen „Sunday Times“. Danach plane Israel „den Einsatz von Atomwaffen gegen Iran“. Israel wolle Atomwaffen von der 15fachen Kraft der Hiroshima-Bombe gegen die über 20 Meter tief verbunkerte Anreicherungsanlage in Natans einsetzen.

Die „**Berliner Zeitung**“ ergänzt am gleichen Tag aus dem Bericht der britischen Zeitung: „Zwei Flugstaffeln der israelischen Luftwaffe würden derzeit für die Zerstörung iranischer Atomanlagen in Natans, Isfahan und Arak...ausgebildet.“

In der Ausgabe vom 10./11. Februar 2007 zitiert die „**Berliner Zeitung**“ die israelische Außenministerin Tzipi Liwni: „Jedes Zögern auf unserer Seite wird als Schwäche empfunden.“

„**Der Spiegel**“ (7/2007) veröffentlicht ein Interview mit dem israelischen Vizepremier Avigdor Lieberman, in dem dieser zum Atomstreit mit dem Iran äußert: „Wir müssen damit rechnen, dass die internationale Gemeinschaft nichts unternimmt und Israel irgendwann allein handeln muss.“

Unter der Überschrift „Die Israelis vorschicken“ veröffentlicht „**Freitag**“ am 23. Februar 2007 Ausschnitte aus einer „Attacking Iran“ überschriebenen Studie der niederländischen ING-Bank. Den Autoren geht es nicht um Protest gegen einen Überfall auf den Iran, sondern um Kundenberatung: „Wie kann man sein Vermögen schützen, wenn es im Nahen Osten zu einem kriegerischen Zusammenstoß kommt? ‚Buy Oil/Russia/Gold and Sell Turkey/Israel‘, lautet kurz gefasst die Empfehlung.“ In der Studie wird weiter gesagt: „Die kriegerische Rhetorik aus Israel und der aktuelle Truppenaufbau der US-Armee in der Golfregion legen...nahe, dass sie (die Finanzmärkte, d. Verf.) schockartig überrascht werden könnten.“

Die „**Berliner Zeitung**“ vom 26. Februar 2007 zitiert den „Daily Telegraph“. Danach habe die „israelische Regierung bei der US-Regierung angefragt, ob israelische Jets im Falle einer Entscheidung für einen Angriff den irakischen Luftraum überfliegen dürften.“

Dem gleichen Blatt zufolge – ergänzt „**Junge Welt**“ am gleichen Tag – fänden „zwischen den Regierungen in Jerusalem und Washington...derzeit Verhandlungen über einen Alleingang Israels gegen Teheran statt.“

BRD im Schlepptau

Während der Ostermärsche 2007 erklärte der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag Peter Strutynski der Zeitung „Unsere Zeit“ vom 13. April 2007 zufolge, die BRD-Politik gegenüber dem Iran unterscheide sich „nur in der Kosmetik vom harten Kurs der USA.“

Im Ergebnis ihres zweiten USA-Besuchs seit Amtsantritt herrsche, so Bundeskanzlerin Merkel am 4. Mai 2006 laut Agenturmeldungen, „völlige Übereinstimmung darüber“, dass Iran auf gar keinen Fall in den Besitz von Atomwaffen kommen dürfe.

Bush lobt die Kanzlerin für ihre „Standhaftigkeit und Stärke“ in der Iran-Frage.

„**Junge Welt**“ kommentiert am 5. Mai 2006 : „Die Schritte, die die Merkel-Regierung mitzumarschieren entschlossen ist, führen in eine militärische Konfrontation, die den gesamten Nahen Osten in Brand setzen wird. Denn die Hoffnung, Iran durch ‚Isolierung‘ und sich steigende Sanktionen zur Kapitulation zwingen zu können, beruht auf Illusionen.“

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Die Linke, **Oskar Lafontaine**, erklärt, „**Junge Welt**“ vom 6./7. Mai 2006 zufolge: „Die Äußerung der Kanzlerin, „dass der Iran auf gar keinen Fall in den Besitz von Kernwaffen kommen darf“, geht in nicht nachvollziehbarer Weise davon aus, dass eine gerechte Weltordnung möglich sei, wenn ein Teil der Staaten Atomwaffen besitzt, die anderen aber nicht. Dann muss die Kanzlerin erklären, warum die USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich, Pakistan, Indien und Israel – letztere direkte oder indirekte Nachbarländer des Iran – Atomwaffen besitzen dürfen, wenn diese Staaten dem Iran dieses Recht absprechen.“

„**Marxistische Blätter**“ (3/2006), die in einem Grundsatzartikel die Haltung Deutschlands im „Atomstreit“ behandeln, führen zum USA-Besuch der Bundeskanzlerin u. a. aus: „Die Bundeskanzlerin ließ in den USA nicht die geringste inhaltliche Distanz zum Konfrontationskurs der USA gegenüber dem Iran erkennen. Sie bzw. die Bundesregierung widersprach weder den Drohungen mit einem amerikanischen Alleingang noch dem offenen Eingeständnis Bushs, dass der Einsatz von Atomwaffen gegen den Iran zu seinen ‚Optionen‘ gehört.“

In dem Artikel wird Verteidigungsminister Jung zitiert: „Artikel 4 des Nordatlantikvertrages verpflichtet uns zur Konsultation, wenn wir bedroht sind. Das heißt, dass wir über alle wichtigen Sicherheitsfragen auch in der Allianz reden müssen. Beispiel Iran: Das iranische Atomprogramm berührt unmittelbar unsere Sicherheit. Denn die wiederholten Äußerungen des iranischen Präsidenten werfen Fragen auf, ob das Nuklearprogramm allein friedlichen Zwecken dient. Deshalb ist die Befassung des Sicherheitsrates mit dem Fall Iran richtig. Doch auch in der Allianz müssen wir darüber die politische Diskussion führen, denn wir brauchen auch hier transatlantische Geschlossenheit.“

Zum Besuch von USA-Präsident Bush in der BRD vertritt **„Junge Welt“** am 13. Juli 2006 die Meinung: „Die Merkel-Regierung setzt ihren ganzen Ehrgeiz daran, Deutschland wieder zu einem zentralen Verbündeten der USA zu machen und sich der Logik der amerikanischen Kriegspolitik anzupassen.“

Zu dem Eingehen der BRD-Regierung auf Forderungen der US-Administration nach einer härteren Gangart gegenüber dem Iran schreibt **„Junge Welt“** am 4. September 2006: „Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier orientiert ... auf Sanktionen und auf den ‚Schulterschluss mit unseren Verbündeten‘. Das Wort vom ‚Schulterschluss‘ stammt aus dem Ersten Weltkrieg und bezog sich seinerzeit auf die Allianz zwischen Deutschland und Österreich. Ganz eng damit verbunden war damals ein zweiter Begriff ‚Nibelungentreue‘. Daran ist auch heute wieder zu denken, wenn **deutsche Politiker als Bauchrednerpuppen der US-Regierung** agieren.“

Das gleiche Blatt registriert am 12. Januar 2007 dass die BRD-Regierung, die gegenwärtig die EU-Präsidentschaft innehat, kein Wort zum bedrohlichen US-Flottenaufmarsch im Persischen Golf verlauten lässt und stellt dann fest: „Unter deutscher Führung macht die Europäische Union auf Appeasement.“

Warnungen und Alternativen

Angesichts der Eskalation des „Atomstreits“ haben Besorgnisse und Warnungen in der internationalen Öffentlichkeit bedeutend zugenommen. Die unterschiedlichsten sozialen Kräfte der Gesellschaften, Friedensforschungsinstitute sowie Regierungen legen ihre Meinung dar.

„**Junge Welt**“ berichtet am 18. April 2006, der republikanische Senator Richard Lugar, Vorsitzender des US-Senatsausschusses für Außenpolitik, habe sich für direkte amerikanisch-iranische Verhandlungen ausgesprochen. Auch der demokratische Senator Christoph Dodd befürworte direkte Verhandlungen.

In der Zeitung ist weiter zu lesen: „Vor den Risiken der Kriegspläne gegen Iran warnten ...zwei hochrangige amerikanische Sicherheitsexperten. Militärschläge gegen Iran könnten den US-amerikanischen Interessen noch weitaus größeren Schaden zufügen als der Krieg im Irak.“

Am 2. Mai 2006 berichtet „**Junge Welt**“ von der Friedensdemonstration der 300.000 in New York. Der Geistliche und Bürgerrechtler Al Sharpton erklärt auf der Demonstration zum Krieg gegen den Irak: „Wir sind heute hier, weil der Krieg unrechtmäßig, unmoralisch und unethisch ist. Wir wurden belogen, und sie werden uns wieder belügen, um uns einen Krieg im Iran zu bringen.“

Das gleiche Blatt zitiert am 3. Mai 2006 aus einer Erklärung des Planungsdirektors bei den Vereinigten Stabschefs der US-Streitkräfte, Generalleutnant Victor Renuart, die dieser gegenüber dem britischen „Daily Telegraph“ abgegeben hatte: „Jede Aktion eines Landes wird auf anderen Ebenen zu Folgeeffekten führen, und deshalb ist es sehr wichtig, den diplomatischen Prozess fortzuführen und sicherzustellen, dass es klappt.“

Zitiert wird in der gleichen Ausgabe auch der ehemalige Nationale Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, der einen möglichen US-Angriff gegen den Iran als „monumentalen Akt des strategischen Wahnwitzes“ bezeichnet. Die Konsequenzen wären „so verheerend, dass sie sogar vorzeitig die Ära der US-amerikanischen Dominanz auf der Weltbühne beenden könnten.“

In einer **Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag**, die „Junge Welt“ am 22. Mai 2006 auszugsweise veröffentlicht, heißt es: „Der Exil-Iraner und Sozialwissenschaftler Bahman Nirumand, selbst ein entschiedener Gegner des Mullah-Regimes des gegenwärtigen iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, ließ in seinem Eröffnungsreferat (auf einer Tagung der Friedensbewegung in Berlin, d. Verf.) keinen Zweifel daran, dass ein Krieg gegen den Iran nicht nur ein völkerrechtswidriger Aggressionsakt wäre, sondern auch den reaktionären Kräften im Iran in die Hände arbeiten würde. Nicht das Regime, sondern die breite Bevölkerung, die Zivilgesellschaft, wozu er alle demo-

kratischen Kräfte, Frauen und Jugendliche sowie die reformfreudigen Gläubigen im Land zählt, sei der große Verlierer in einem Krieg.“

Wolfgang Gehrke, Mitglied der Bundestagsfraktion Die Linke, bringt in einem Gespräch mit „**Junge Welt**“ vom 13. Juli 2006 zum Ausdruck: „Wer mit einem Kriegseinsatz im Iran das Streichholz an diese Lunte hält, stürzt die Menschheit in einen nie dagewesenen Weltkrieg. Die Forderungen von Condeleezza Rice, jetzt den Weltsicherheitsrat wieder einzuschalten, spielt mit der militärischen Option.“

Die „**Berliner Zeitung**“ kommt am 17. Juli 2006 in einem Kommentar zu dem Schluss: „Im übrigen gibt es einen ganz einfachen Weg, wieder Bewegung in die Angelegenheit zu bringen: US-Präsident George W. Bush distanziert sich in einer öffentlichen Erklärung von allen früheren Verlautbarungen aus Washington, wonach die iranische Regierung gestürzt werden müsse. Anschließend gibt er dem Land die seit vielen Jahren geforderten Sicherheitsgarantien. Im Zweifelsfall würde es sogar ausreichen, wenn der US-Präsident bekräftigt, dass Artikel 2 der auch von den USA unterschriebenen Charta der Vereinten Nationen selbstverständlich auch für den Iran gilt. Danach legen alle Mitglieder ‚ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel bei‘ und unterlassen jede ‚mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt‘. Vielleicht könnte ja sogar der deutsche Außenminister mal diesen bescheidenen Vorschlag machen.“

„**Neues Deutschland**“ berichtet am 22./23. Juli 2006 über eine Warnung der Deutschen Bank an ihre Kunden: „Bei einem Schlag gegen Iran ‚hätte der Krieg gegen den Terror zum ersten Mal ernste und dauerhafte Auswirkungen auf die Weltwirtschaft‘. So Peter Garber, der für die Deutsche Bank über Geopolitik forscht. In der Folge ‚käme es wohl weltweit zu einer Rezession‘, mahnt Garber in der Studie ‚Globale Trends, die das Research Büro Frankfurt der Deutschen Bank regelmäßig erstellt. Der ökonomische Niedergang in den Industriestaaten hätte fatale globale Folgen. So würden auch in Bombay oder Bangkok die Aktienkurse ins Bodenlose fallen und Rohstoffpreise, mit Ausnahme von Gold, einbrechen.“

„**Junge Welt**“ berichtet am 19./20. August 2006 über einen Brief, den eine Gruppe von 21 hochrangigen ehemaligen US-Generalen und Regierungsbeamten an US-Präsident Bush geschickt hat. Darin wird „versucht, die von Washington geschürte Iran-Krise zu entspannen

und einen US-Angriff gegen die iranischen Atomanlagen zu verhindern. Iran stelle für die Vereinigten Staaten keine akute Gefahr dar, mahnte die Gruppe und empfahl Bush statt ständiger Konfrontation den Dialog mit Iran.“

„**Die Welt**“ vom 2. September 2006 berichtet, „die deutsche Wirtschaft“ warne vor der Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen den Iran. „Wir sollten politische Probleme mit politischen Mitteln lösen und nicht mit wirtschaftlichen“, sagte der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Anton F. Börner der „Welt“. „Alles, was die Krise verschärft, sollten wir vermeiden.“

In einem im „**Freitag**“ vom 8. September 2006 veröffentlichten Artikel schreibt Norman Paech, Mitglied der Bundestagsfraktion Die Linke: „**Realistische Außenpolitik sollte sich immer eine Alternative offen halten.** Und die läge in der Anerkennung der Urananreicherung für zivile Zwecke – unter der Kontrolle der Internationalen Atombehörde – und in einer umfassenden Sicherheitsgarantie der USA.“

„**Junge Welt**“ veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 11./12. November 2006 eine Erklärung der kommunistischen iranischen Tudeh-Partei. Darin wird u. a. gesagt: „Die Tudeh-Partei des Iran ist, wie in den letzten Monaten wiederholt erklärt, der tiefen Überzeugung, dass die friedliche Nutzung der Kernenergie das unbestreitbare Recht jedes souveränen Staates ist und nicht der Zustimmung dieses oder jenes anderen Staates bedarf. Wir haben ebenfalls gesagt, dass die Spannungspolitik des Imperialismus in der Region und seine Aufmerksamkeit auf das Atomprogramm des Iran lediglich Bestandteil der hegemonistischen Gesamtpolitik des Imperialismus in der Region des Mittleren Ostens ist“.

„**Neues Deutschland**“ zitiert am 12. Dezember 2006 aus dem Abschlusskommunique des Gipfeltreffens des Golfkooperationsrates (GCC), das in Riad durchgeführt wurde: „**Die Staaten der Golfregion haben das Recht auf friedliche Entwicklung von Atomtechnologie**“. **Der Rat wiederholte seine Forderung, dass der Nahe Osten zu einer Zone ohne Massenvernichtungswaffen werden müsse.** Der Streit um das iranische Atomprogramm müsse friedlich gelöst werden und Israel dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen beitreten.“

Der „**Freitag**“ fragt in seiner Ausgabe vom 12. Januar 2007: „Also ein neuer Krieg im Mittleren und Nahen Osten? Und wann, dann mit Kernwaffen? Übertreiben da die ewig hysterischen Propheten der Apokalypse, Seymour Hersh, Scott Ritter und Daniel Elsberg, nicht doch ein wenig? Sollte man deren Warnungen angesichts der Sackgasse, in die sich die Amerikaner im Irak manövriert haben, nicht für völlig überzogen halten? Viele – vor allem in Europa – wollen der demokratisch gewählten Regierung der westlichen Führungsmacht soviel Dummheit und Unvernunft nicht zutrauen. Ein neuer Krieg, der das schon jetzt angerichtete Chaos im Mittleren und Nahen Osten um ein Vielfaches potenzieren würde, widerspräche in der Tat jedweder menschlichen Logik. Ganz abgesehen davon, dass er in jeder Hinsicht illegal und illegitim wäre.“

Was aber, wenn trotz aller Logik die allein entscheidenden Hegemonialinteressen des mächtigsten Staates die Oberhand gewinnen? Gerade, weil sich die Vernunftlogik mit der Machtlogik nicht deckt, muss ein möglicher Iran-Krieg in einen ideologischen Kontext gestellt werden, in dem Ressentiments, Emotionen und tief verwurzelte niedere Beweggründe die menschliche Vernunft beiseite schieben und die Legitimationslücke schließen.“

In einer in „**Neues Deutschland**“ am 6. Februar 2007 wiedergegebenen Studie von britischen Menschenrechtsgruppen, drei großen Gewerkschaften, dem Foreign Policy Centre sowie Nichtregierungsorganisationen wie Oxfam und Pax Christi wird vor den katastrophalen Folgen eines Krieges gegen den Iran gewarnt: „Er könnte den benachbarten Irak weiter destabilisieren und Nahost-Friedenshoffnungen untergraben. Zugleich würde man Irans nukleare Bestrebungen stärken und eine Aufkündigung der Mitgliedschaft im Atomwaffensperrvertrag provozieren. Es besteht Furcht, das globale Wirtschaftsgefüge durch höhere Ölpreise zu schocken.“

Der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber, General a. D. Wesley Clark, äußerte am 9. Februar 2007 gegenüber **Stern-Online**, die USA steuerten auf eine militärische Auseinandersetzung mit dem Iran zu. Die US-Regierung „bastelt an dem Fall Iran...Der Präsident setzt auf Eskalation.“

In einer Kolumne für „**Neues Deutschland**“ vom 24./25. Februar 2007 führt der Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Oskar Lafontaine, u. a. aus: „Wer ...die Sanktionsschraube anzieht, setzt

letztlich auf die Eskalation des Konfliktes bis hin zum militärischen Angriff. Der hätte für die ganze Region verheerende Konsequenzen. Die deutsche Politik muss deshalb gerade jetzt, da sie die EU-Ratspräsidentschaft inne hat, aus dieser Logik der Zuspitzung ausbrechen und sich von der US-Außenpolitik lösen. Frühzeitig müssen die Deutschen und die Europäer signalisieren, dass es eine Koalition der Willigen mit ihnen nicht geben wird. Weder direkt noch indirekt.“

Die Konferenz von sieben Außenministern islamischer Staaten in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad wendet sich, wie „**Junge Welt**“ am 27. Februar 2007 berichtet, in einem Appell an die internationale Staatengemeinschaft, die „'gefährliche Kontroverse' zwischen Washington und Teheran über Irans Atomprogramm auf diplomatischem Wege beizulegen. Es sei notwendig, die Lage in der Golfregion zu entspannen und nicht anzuheizen.“

„**Junge Welt**“ vom 29. März 2007 bringt eine Erklärung der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten. Darin wird u. a. zur imperialistischen Politik im Mittleren Osten ausgeführt: „**Die FIR verurteilt solche Politik und fordert gemeinsam mit den Friedenskräften in aller Welt eine nichtmilitärische Konfliktlösung unter Verantwortung der Vereinten Nationen.** Dabei müssen sowohl die Interessen der iranischen Republik auf gesicherte Energieversorgung als auch die Forderung nach nuklearer Abrüstung in der Welt berücksichtigt werden.“

„**Junge Welt**“ setzt sich in der Ausgabe vom 7./8./9. April 2007 mit der „Chance auf Frieden“ auseinander. Das Blatt kommt zu dem Schluss: „Wer im Konflikt mit dem Iran nicht Krieg, sondern Verständigung anstrebt, muss sich also dafür einsetzen, dass ohne Vorbedingungen und Drohungen verhandelt werden kann. Er muss zweitens begreifen, dass Iran der Maximalforderung – Verzicht auf eigene Urananreicherung – unter keinen Umständen nachkommen wird. Unterhalb dieser Schwelle jedoch ist fast alles möglich: Von der Perfektionierung der internationalen Kontrollen bis zu freiwilligen Beschränkungen.“

Um diese Möglichkeiten auszuloten, müsste der Westen mit den Iranern zu sprechen beginnen.“

Bei der Zusammenstellung des Heftes wurde aus nachfolgenden Gutachten, Zeitungen, Zeitschriften und Agenturen zitiert:

AP, Berliner Zeitung, Daily Telegraph, Der Spiegel, Die Welt. Friedensgutachten, Friedensjournal, Jerusalem Post, Junge Welt, La Repubblica, Le Monde, Marxistische Blätter, Neues Deutschland, New York Times, Stern-Online, The New Yorker, Times, Unsere Zeit,

Autoren der ausgewählten Beiträge:

Max Böhnelt, Martin Doering, Jürgen Elsässer, Damir Fras, Roland Heine, Seymour Hersh, Lothar Kieslich, Martin Ling, Mohssen Massarat, Rainer Mathias, Knut Mellentin, Christian Neef, Werner Pirker, Rainer Rupp, Olivia Schoeller, Christoph Schulz, Olaf Standke, Daniela Vates.

•